

mit dem Ausbruch tiefempfindenen Dankes an das besetzte Gebiet, das durch seine feste nationale Haltung die Voraussetzungen mitgeschaffen hat, daß nun das Rheinland und das Saargebiet der endlichen Freiheit entgegensehen dürfen.

Das Volksbegehren zugelassen

aber die Regierung wird allen gebotenen Widerstand entgegensehen

Im Reichsanzeiger vom 1. Oktober 1929 wird eine Verordnung des Reichministers des Innern vom 30. September 1929 veröffentlicht, in der das vom „Reichsausschuß für deutsche Volksbegehren“ beantragte Volksbegehren bekannt gegeben und die Eintragungsvorschriften auf die Zeit vom 16. bis 29. Oktober 1929 festgesetzt wird.

Der Reichsminister des Innern hat hierdurch den Vorschriften des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 entsprochen, ohne durch die Veröffentlichung zu dem Inhalt des beantragten Gesetzes irgendwelche Stellung zu nehmen.

Die Reichsregierung wehrt sich mit der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes in der Auffassung einig, daß die Besserung der außenpolitischen Lage nicht durch ein wie immer geartetes deutsches „Gesetz“ zu erzwingen ist, sondern allein durch zähes Ringen im Verhandlungswege mit den Vertragsgegnern schrittweise erreicht werden kann. Die Reichsregierung wird der Durchführung des Volksbegehrens die verfassungsmäßigen Garantien selbstverständlich nicht vorenthalten. In der Sache selbst wird sie dem Bestimmen, das von Anfang an als Versuch mit völlig untauglichen Mitteln innerschuldet und in der Wirkung nur geeignet ist, den innerpolitischen Zwist zu vertiefen, allen gebotenen Widerstand entgegensehen.

Die Schlußbilanz von Genf

Von Dr. Kitz, Reichsminister a. D.

Ohne besondere Feierlichkeit wurde am 25. September die zehnte Vollversammlung des Völkerbundes in Genf geschlossen. Die vorausgegangene Tagung im Haag überschattete naturgemäß die Verhandlungen in Genf, aber es wäre für den Politiker eine Unterschätzung, diese zehnte Tagung nicht zum Anlaß einer kritischen Würdigung der Gesamtarbeit des Völkerbundes zu nehmen.

Trotz seiner verhältnismäßig kurzen Lebensdauer zeigt der Völkerbund klare, sich stark unterscheidende Entwicklungsperioden und Entwicklungstendenzen. In der ersten Zeit seines Bestehens, vor allem solange Deutschland noch nicht Mitglied war, gliederte der Völkerbund einem Syndikat der Mächte zur Vollstreckung des Versailler Diktates und zur Wiederherstellung Deutschlands. Der tiefste Tiefpunkt dieser Richtung verlor sich wohl in der unersetzten Entscheidung über Oberschlesien. Nächsterne realpolitische Erwägungen im Kampfe gegen stimmungsmäßig durchaus verständliche Gegenströmungen führten 1926 zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Ehrenvoll und herzlich war die schließliche Aufnahme, nachdem mangelhafte Regie kurz vorher Deutschland in die peinliche Rolle erfolglosen Antichambrierens gebracht hatte. Mit dem Eintritt Deutschlands wurde erst der Weg frei für die eigentlichen Ziele des Völkerbundes, ein Instrument des Friedens und der Völkerverständigung zu werden. Hat er in der Verwirklichung dieses Zieles wesentliche Fortschritte zu verzeichnen?

Hier ergibt sich ein Zweifaches. Die Erkenntnis, daß auf rein politischem Gebiete nur langsam und mühsam positive Erfolge sich aufstellen lassen, läßt das starke Bestreben nach, auf sozialer, humanitärer und kulturellem Gebiete sich bewandern und tätig zu betätigen. Manche schöne Erfolge sind hier zu verzeichnen. Auf der anderen Seite erlag der Völkerbund in politischer Hinsicht der Gefahr, denen fast alle Parlamente der Welt erliegen sind, Probleme, deren Lösung zwar allgemein erstrebenswert aber tatsächlich noch nicht durchführbar erscheint, durch herumreden um die Kernpunkte und durch Vergraben in Kommissionen zwar scheinbar anzufassen, in Wirklichkeit aber bewußt zu verschleiern. Man kann in Genf das Aufatmen fast überall hören, wenn bei irgendeiner solchen schwierigen Frage wieder einmal eine Formulierung gefunden ist, die von dem Akteur der klaren Entscheidung trägt dieses Kennzeichen. „Auf dem Gebiete des Abrüstungsproblems sind neue Anregungen gegeben worden.“ Dieser Satz in der Schlußrede des Präsidenten der Vollversammlung ist typisch. Auch vom Minderheitenproblem würde man mit gleicher Bescheidenheit sprechen können. Welche Probleme aber sind Lebensfragen des Völkerbundes. Sie als solche scharf umrissen gekennzeichnet zu haben, ist das Bestreben Streifensmanns. Hier gab der deutsche Vorkitz im Völkerbund ist es, hier gab weiterhin starke Aktivität zu betätigen.

Die jetzt beendete Tagung zeigte noch mehr als die frühere, daß die Vollversammlungen des Völkerbundes ein internationales Parlament der Außenpolitiker der beteiligten Staaten werden. Eine Generaldebatte über die allgemeine politische Weltlage stand am Beginn. Die Spezialdebatte folgte. Ein solcher Gedankenaustausch kann natürlich von ungeheurem Wert sein, aber auch nur dann, wenn die Redner — wie Streifensmann es tat — die Probleme nicht anfassen und nicht tote Briand es tat — mit äußerlich herausfordernder Rhetorik von den Problemen wegschren.

Der jeweilige praktische Erfolg der Vollversammlungen erscheint — einzeln gewürdigt — gering, in

der Gesamtheit betrachtet sind die Ergebnisse der Beratungen Anfänge zu einer erfolgreicheren Weltatmosphäre. Die Rolle, die Deutschland dabei spielt, muß als durchaus glücklich bezeichnet werden. Der kurze Zeitraum einer dreißigtägigen Zugehörigkeit zum Völkerbund hat genügt, um Deutschland eine achtunggebietende Stellung in Genf zu verschaffen.

Minister Severing über die Landvolkbewegung

Im Landwirtschaftlichen Presseblatt nimmt Reichsinnenminister Severing zu den Sprengstoffattentaten und der Schleswig-holsteinischen Landvolk-Bewegung Stellung. Der Minister führt u. a. aus:

„Daß Bombenattentate kein geeignetes Mittel sind, um vermeintlichen Mißständen im Staats- oder Wirtschaftsleben abzuwehren, dürfte gemeinsame Ueberzeugung aller vernünftigen Menschen sein. Wenn heute der Bauer einen harten Kampf ums Dasein auf seiner Scholle führt, so sollte er sich doch sagen, daß er es nicht allein ist, der unter den Folgen des verlorenen Krieges leidet, daß er dieses Schicksal vielmehr mit den breiten Volksmassen teilt, von denen es sehr vielen noch schlechter geht als ihm. Aber er wird die Denksätze der Arbeiterbewegung nicht auf den Gedanken der Nationalen noch die Arbeiterlosen sind auf den Gedanken gekommen, daß ihnen mit Hilfe von Bomben Aufwertung oder Arbeitsstellen beschafft werden könnten. Die Reichsregierung läßt sich nicht von der Weiterverfolgung ihres Weges zur Abwendung der Not aller Berufsstände, also auch der Landwirtschaft, abschrecken. Sie erkennt die hohe Bedeutung der Landwirtschaft für die Nation voll an, ist aber auch verpflichtet, einen Ausgleich zwischen allen wirtschaftlichen Interessen und zwischen allen in der Landwirtschaft tätigen Gruppen zu finden. Wenn heute in der Wirtschaft soziale Abstände zu groß sind, die Belastungen durch Steuern und soziale Abgaben zu hoch und zu drückend sind, so darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Belastungen in erster Linie eine Folge des verlorenen Krieges sind. In ihrer Politik einer Liquidierung des verlorenen Krieges hat die Regierung bei manchen unverständlichen Fortschritten, die sie mit dieser Politik erzielt hat, und die nur Bewusstheit verfehlten haben, sich oft weniger mit der Wirtschaft als mit der Politik befaßt und durch ihre betonte Gegenschicklichkeit zur Republik ihren wirtschaftlichen Interessen nur Schaden zugefügt. Der politische Kampf in Deutschland wird erst dann zugewandt, wenn die politischen Ziele gegen den Staat, gegen die Republik eingestellt sind und alle Deutschen sich bei aller Verschiedenartigkeit ihrer politischen Anschauungen auf dem Boden dieses Staates zusammenschließen.“

Letzte Bemühungen

um die Arbeitslosenversicherungreform

Reichsfinanzminister Müller hat für heute, Dienstag, vormittags die Führer der Regierungsparteien zu einer gemeinsamen Besprechung gebeten. Er will den Versuch machen, über die Versicherungsverschiedenheiten in der Arbeitslosenversicherung eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Wie wir erfahren, wird der Vorschlag gemacht, daß die Regierungsparteien das Hauptgewicht vorübergehend annehmen. In dem befristeten Gesetz sollen die Vorschläge auf allgemeine Beitragserhöhung um 1/2 Prozent gestrichen werden. Dagegen soll die vorgeschlagene Beitragserhöhung für Saisonarbeiter um 1/2 Prozent aufrecht erhalten bleiben. Ob es möglich ist, zu einer Einigung der Aufstellungen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei zu gelangen, läßt sich zur Zeit nicht übersehen.

Bundesminister Schumy über die Heimwehr

In Wels in Oberösterreich fand eine große Bundesversammlung statt. Bundesminister Schumy als Vorsitzender hielt eine Rede, in der er erklärte: Der Sinn der Kundgebung, einer der größten, die Österreich je gesehen hat, ist, daß wieder Ruhe und Ordnung erreicht werden müssen, was vor allem auf legalen Wege zu geschehen hat. Die Bedeutung der Heimwehr wird anerkannt. Wenn diese in der Seite der legalen Macht bleibt, dann hat sie eine große Aufgabe zu erfüllen, welche sie aber von dem legalen Weg ab, dann trennen sich die Wege. Bundeskanzler Schöber hat die Aufgabe übernommen, mit der Heimwehr die nötige Fälligkeit herzustellen, um auf gesetzlichem Wege Ruhe und Ordnung zu sichern. Der entscheidende Erfolg muß aber die Entpolitisierung des gesamten öffentlichen Lebens durch die Befestigung des Parteiregimes und die Befreiung von Bestimmungszwang sein.

Einschränkung des Jugendverkehrs in Rumänien

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die Direktion der rumänischen Eisenbahnen zur Befestigung des im jüngsten Budget in Erscheinung tretenden Milliardendefizits beschlossene, in verschiedenen Teilen des Landes eine Reihe von Zügen regelmäßig abzubauen. Bisher sind in Siebenbürgen sieben Zugpaare eingestellt worden. Bereits diese Einschränkung soll im Eisenbahnverkehr Siebenbürgens ernste Störungen hervorgerufen haben.

Von einem, der auszog, ein Reich zu erobern

Der Thronwärtter mit dem einen Gefolgsmann — Geld ist überzeugender als ein Schwur — „Mit einer Million Rupien wäre ich König geworden.“

Von G. W. Brandstetter

Habib Allah, Rabir Khan, Emin Khan, Ali Mehmed Khan, Mehmed Sidik Khan und wie sie sonst noch alle heißen. Es ist wahrhaftig ein wenig schwierig, sich durch alle diese Allahs und Khans hindurch zu finden, die augenblicklich in Afghanistan um die Vormacht kämpfen, oder wenigstens ihre Anhänger für sich bluten lassen. Mindestens alle Wochen gewinnt eine der Parteien eine „Entscheidungschlacht“, neue Armeen werden aus dem Boden gestampft, an dem ganzen Wirwar höchst unbedeutende Mädchen als Sklavinnen verkauft, Berden geraubt, Kaufleute um die Ecke gebracht, weil sie nicht freiwillig Kriegssteuern zahlen wollen, und mancherlei sonstige Üble Scherze getrieben. Zu den aufmerksamsten Beobachtern dieses afghanischen Durcheinanders gehörte der Prinz Mehmed Omar Khan, dessen Anteil ein Emir war und nach einem unglücklichen Kriege gegen England mit seiner gesamten Familie als Gefangener nach Indien gebracht wurde. Dort, in Allahabad, war auch Omar Khan geboren. Sein afghanisches Vaterland hatte er nie in seinem Leben gesehen, und seine Landesteile waren ihm völlig fremd. Das hinderte aber den Prinzen nicht daran, nach Aman Allahs Absetzung Bestreben auf den Thron zu verspüren. Er glaubte, alle Eigenschaften zu besitzen, um den wilden Bergleuten zwischen Pamir und Beluchistan imponieren zu können: eine große Gestalt, scharfgeschnittene Zähne, blühende Augen und einen mächtigen Bart. Als dann die Nachrichten aus Afghanistan immer verworrener lauteten, als neben dem Usurpatorn Habib Allah noch andere Thronwärtter auftraten, galt es für den Prinzen als abgemacht: „Du wirst Emir!“

Die erste Schwierigkeit für den neuen Präsidenten bestand nun darin, seine ersten erblühten „Wahlgenossen“ zu ernennen. Omar Khan lebte in Allahabad unter ständiger Aufsicht der britischen Behörden und deren Wachsamkeit war seit Beginn der Unruhen in Afghanistan verdoppelt worden. Täglich klopfte ein Gafur an die Tür des prinzipaligen Hauses und bat den Herrn persönlich um ein Almosen. Omar Khan aber erwiderte, daß dieser Bettler ein anglophiler Detektiv war, der sich überzeugen wollte, ob der Prinz auch schon so langsam zu Hause blieb. Dieser verleierte Gafur würde sicher die ganze Polizei von Allahabad alarmiert haben, wenn er von der Flucht des Afghanen erfahren hätte. So erstarrt Omar Khan, der zukünftige König von Afghanistan ein Leist. Er ließ den Gafur eines Tages durch seinen Bruder empfangen, und ihm erzählen, der Hausvater selbst könne nicht kommen, weil er schwer krank zu Bett liege. Der Detektiv gab sich einige Tage lang mit dieser Erklärung zufrieden.

Aber schon in der ersten Nacht legte der Prinz seine europäischen Kleider ab und zog einen verschliffenen afghanischen Kasan an, so daß er wie ein Bettler ausah. Nun ließ ihn plötzlich ein, die Stationsbeamten in Allahabad wußten ihn trotzdem zu erkennen. Deshalb ließ er in der Nacht zwanzig Kilometer weit zum Bahnhofs in Manauri. In Bahore, wo er umsteigen mußte, wollte Omar Khan einen Onkel besuchen, der ihn in seinem Verwande mit Rat und Tat unterstützen sollte. Dieser war der Verwandte unersetzbar. Zum Glück gelang es dem zukünftigen König hier, seinen ersten Untertanen zu gewinnen, einen Afghanen, der sich einst für Omar Khans Großvater herumgeschlagen hatte. Herrscher und Gefolgsmann trafen nun dritter Klasse weiter auf Peshawar zu. Weil der Prinz aber fürchtete, er könnte vielleicht auch in Peshawar einen belandeten Engländer treffen, so ließen beide Eroberer auf einer weitverlassenen Haltestelle aus und pilgerten zu Fuß nach der afghanischen Grenze. Dann stand Mehmed Omar Khan eines Tages auf der Scheide zwischen dem britischen Gebiet und seinem zukünftigen Reich, ein Eroberer, ein zweiter Napoleon, der froh war, den englischen Spürhunden glücklich entwischt zu sein. Und neben ihm wartete in ergriffener Treue sein Vetter: der Mann aus Bahore.

Der Einzug in Afghanistan ging nicht mit königlichen Gepränge vor sich. Im Gegenteil — König und Palastwachen ließen Tage lang unter beschrittenen Pfaden entlang und schloßen nichts zähneklappernd unter Bäumen. Schließlich kamen die beiden Eroberer nach Schamard Khans Duka, in der Nähe von Schahelabad, wo sie den Schinwarhäuptling Mehmed Alam Khan und einige seiner Unterführer antrafen. Ihnen gab sich der Thronpräsident zu erkennen. Die Schinwaris waren die ersten gewesen, die sich gegen Aman Allah empört hatten, und nun erklärten sie sich sofort bereit, einem persönlichen Gegner des Königs auf den Thron zu helfen. Es war wohl der größte Augenblick in Omar Khans Leben, als ihm die Schinwaris auf den Kuran Treue schworen.

Nun trauete Omar Khan natürlich den Vormarsch auf Kabul antreten. Alam Khan aber gab seinem Herrn den Rat, noch nicht anzugreifen, sondern erst mit Habib Allah in Verbindung zu treten. Der zukünftige König mußte damit einverstanden sein und zog mit den Schinwaris weiter landeinwärts nach Hjaraf. Hier trennte sich Alam Khan von ihm und ging in seinem Auftrag nach Kabul, um den Usurpator davon zu überzeugen, daß jeder weitere Widerstand gegen den mächtigen Mehmed Omar Khan unnütz und die Abhandlung des Vernünftigen sei.

Der große Eroberer wartete wochenlang. Leider umsonst. Denn 60 000 Rupien, die Habib Allah dem biedereren Schinwarihäuptling in die Hand drückte, waren überzeugender als alle Versprechungen des Thronwärtters und hatten auch über alle Bedenken wegen des geleisteten Treueid hinweg.

Nun erwies sich Omar Khan Verhandlungen mit einem anderen großen Stamm, den Ghilzais. Doch diese fragten vorwärts: „Woher kommst du?“ — „Faul“, mußte der arme Thronwärtter antworten, und die Verhandlungen zerflügen sich natürlich. Etwas enttäuscht wandte sich Omar Khan an einen anderen Häuptling, Abdur Rahman Khan, der einst von Omars Großvater wertvolle Unterstützung erhalten hatte. Der Brave war zur Hilfe bereit, doch 10 000 Rupien aus Habib Allahs Kasse stimmten ihn rasch um.

Jetzt versuchte es der große Eroberer mit fünfzig anderen Häuptlingen und Stammesführern. Die Verhandlungen ließen sich vielversprechend an, doch als die Geldfrage zur Sprache und die völlige Erbe in Omar Khans Tasche zu Tage kam, wurden die biedereren Halbwillen merklich kühl: „Wir wollen schon mit dir gehen, lieber Emir in spe, aber...“ Da verzweifelte der Thronpräsident trauernd sein Haupt und verzichtete verzweifelt auf alle großen Eroberungspläne. Ohne Befehle und zu Fuß zog er über das Gebirge nach der Grenze am Kaiserpaß zurück. Und eines Tages stand er wieder an der Scheide zwischen afghanischem und britischem Gebiet, gerüchelte eine Träne der Wehmut und sprach als verunglückter zerrütteter Eroberer das: „Ich hätte nichts als meinen Stab, da ich über die Grenze ging, und man bin ich gar nichts mehr!“

Dann ging er zum nächsten englischen Agenten in Nurram und bat ihn, sich seiner anzunehmen. Der Engländer verfrachtete den verunglückten Eroberer, der anscheinend recht froh war, wieder ein wenig in die Zivilisation zu kommen, unter sicherer Bewachung nach Alipore. Kürzlich wurde in Dampfer den Prinzen Mehmed Omar Khan nach Burma in die Verbannung, um dem edlen Afghanen alle weiteren Eroberungspläne zu verstreuen. „Hätte ich eine Million Rupien gehabt“, meinte der Prinz beim Abschied in Kalkutta, „so wäre ich heute König.“

Vielleicht findet sich ein reicher Amerikaner, der dem verunglückten Thronwärtter seine Tochter und mit ihr das Geld schenkt, um der Schwiegermutter eines Afghanenkönigs zu werden.